

---

Reinhard Mocek

## **Bildung als Humanwert und als Strategiepotehtial**

### **Bemerkungen zu gesellschaftstheoretischen Grundlagen für Bildungspolitik heute**

Bildungspolitik war in der DDR von einem fast ängstlich zu nennenden gesellschaftstheoretischen Erwartungshorizont eingerahmt. Sie mußte perspektivisch garantieren, daß die heranwachsende Generation die Werte der sozialistischen Gesellschaft akzeptiert; und das sowohl theoretisch als auch durch die eigene Bildungserfahrung, die stets zugleich eine bildende Erfahrung war. Und andererseits war sie das Fundament für die qualifizierte Beherrschung der künftigen sozialistisch-kommunistischen Gesellschaft, die sich die Klassiker des Marxismus schon als eine durch einen hohen wissenschaftlich-technischen Ausstattungsgrad gekennzeichnete soziale Ordnung ausgemalt hatten. Darauf mußte sich der aktuelle Realsozialismus bildungsplanend einstellen; an die Kraft von selbstorganisatorischen Vorgängen in Sachen individueller Berufswahl und bedarfsgerechter Bildungsorientierung durch jeden einzelnen Bürger glaubte man ja nicht so recht. Insofern war dem Bildungssektor im Grunde genommen die ganze Last der Beherrschung der Zukunft aufgebürdet. Nicht umsonst war sie in der DDR – um eine Modewort zu gebrauchen – Chefsache, wenn auch nicht gerade direkt durch den obersten Staatsfunktionär angeleitet, so aber doch sichtbar durch eine Persönlichkeit, die einen schier unbeschränkten Einfluß durch Familienbande hatte – übrigens eines der feudalen Relikte der sozialistischen Gesellschaft. Doch hatte diese Bildungspolitik – wem sage ich das an diesem Orte – nicht den Launen und Allüren dieser Ministerin zu folgen, sondern einem durch sie gnadenlos verwalteten theoretischen Anspruch, der in den Grundsätzen des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems festgeschrieben war. Insofern steht nicht so sehr der persönliche Einfluß von Funktionären auf Inhalte zur Debatte, sondern die Inhalte selbst sind im Grunde genommen der entscheidende Diskussionspunkt, wenn man auf die DDR zurückblickt. Das muß man angesichts einer Aufarbeitungspraxis, die generell die Formalia, den Funktionsrahmen, die Mechanismen der Durch-

setzung und Behauptung von Macht in den Mittelpunkt rückt, doppelt unterstreichen. Was ich im folgenden stichpunktartig hervorheben will, bezieht sich auf Inhalte der Bildungspolitik in Relation zu den künftigen Profilen der wissenschaftlich-technisch geprägten Arbeitswelt, wobei der Bezug zur DDR dadurch gegeben ist, als sich in der DDR-Bildungspolitik dieser Grundsatz nicht nur als ein qualifikatorisches Moment zeigte, sondern auch die Persönlichkeitsqualitäten über das reine Fachwissen hinaus eine besondere Rolle gespielt haben. Dahinter steht die Frage, inwieweit Bildungspolitik überhaupt in diese Sphären hineinzuloten vermag. Während wir alle, die am Bildungsgeschehen der DDR beteiligt waren, wie selbstverständlich davon ausgingen, daß es zur Aufgabe des Erziehers gehört, wissensvermittelnd und persönlichkeitsbildend zu wirken, wird für uns angesichts der Tendenzen der allgemeinen Verrohung und Vermarktung des Menschseins, das für die realkapitalistische Welt so typisch ist, gerade letztere Aufgabe – die persönlichkeitsbefördernde – doppelt wichtig. Auf der anderen Seite sind wir insofern Gefangene der eigenen Theorie (pardon; ich beziehe mich hier natürlich nur auf diejenigen Anwesenden, die von marxistischen theoretischen Positionen aus an die Probleme der Gesellschaft herangehen), wenn wir von dem Grundsatz ausgehen, daß das Bildungssystem einer Gesellschaft nur diejenigen Werte umzusetzen vermag, die mit den allgemeinen Rahmenbedingungen dieser Gesellschaft korrespondieren. Ob das wirklich so ist, kann mit Fug und Recht bezweifelt werden. Ein gerüttelt Maß an Bildungswerten ist überzeitlicher Natur; und die kritische Betrachtung der Realität ist in einer demokratischen Schule hierzulande längst Praxis. Keine Mutter, kein Vater braucht zu fürchten, daß ihrem Kinde in der Schule das ABC des Erlangens des eigenen Vorteils, des Betrügens, gar der Gewalt und der Intoleranz beigebracht wird. Das besorgt parallel zur Schule oder wenig später die Realität des Lebens. Schule war und ist insofern eine Art idealer Raum und Raum für Ideale. Kritisch war es und wird es, wenn dieser Raum beschädigt wird, wenn Bildungskonzepte diesen Raum okkupieren und auf Ideologeme hin durchdringen, die die menschliche Seele und diesen idealen Raum - beides hängt sehr eng miteinander zusammen - zu beschädigen drohen. Und so müssen wir uns fragen bzw. fragen lassen, ob die Erziehung zum Haß einen Stellenwert in der Bildungsrealität der DDR hatte? Und wenn das bejaht werden muß, stellt sich die Frage nach den Konsequenzen; Gerhard Neuner ist darauf hier nicht eingegangen. Ich kom-

me nicht von ungefähr auf diese Formulierung; in den Materialien der letzten Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages war dieser Satz ein geflügeltes Wort zur Kennzeichnung der Bildungsrealität der DDR. Er steht im Bericht dieser Kommission neben der Kennzeichnung eines vorgebliehen Grundgesetzes des DDR-Bildungswesens, das nach einem Worte von Rainer Kunze wie folgt beschreibbar sei: „Unwissende, damit ihr unwissend bleibt, werden wir euch schulen!“. Ich kann es Rainer Kunze nicht verübeln, dies gesagt zu haben mit betroffenem Bezug auf so manche Seite der Bildungsrealität der DDR, das Schulungs-Unwesen voran. Nur war Schulung nicht die Methodik der DDR-Schule. Dort aber, wo man sich lehrgangsweise die letzten theoriegefärbten Parteilösungen anzueignen hatte, wo das Fragen sich in das Kontextuieren verwandelt hatte und ein Gegenvotum als undenkbar galt, war ein derartiges Schulungsunwesen traurige Realität. Jedoch als Grundgesetz des DDR-Bildungswesens? Ich erinnere mich an eine Diskussion zur DDR-Philosophie, die kurz nach der Wende in Berlin stattgefunden hatte, wo ein westdeutscher Philosoph den anwesenden DDR-Philosophen vorhielt, sie wären wohl gut geschult im Marxismus-Leninismus, aber von Philosophie hätten sie ja wohl in ihrem Studium nichts gehört. Also auch hier derselbe Vorbehalt, der leicht durch den Blick auf die Pläne und Studienrealitäten der DDR-Philosophie abzubauen wäre! Doch wer tut das schon; und welcher neuberufene West-Philosoph auf einen der Philosophie-Lehrstühle der neuen Länder möchte sich schon sein gutes Gewissen vermasseln lassen?! Bildung habe in der DDR eben nicht stattgefunden! Da es nicht wenige Absolventen von DDR-Bildungseinrichtungen gibt, die in dasselbe Horn blasen (diese haben dann ihre tiefe humane Bildung im Schoße der DDR-Kirche erhalten), steht diese Unterstellung scheinbar auf festem Grunde. Ich bin Gerhard Neuner auch aus diesem Grunde dankbar, daß er den Anspruch und die Philosophie des DDR-Bildungswesens hier konkret umrissen hat. Behaupten läßt sich bekanntlich alles, das Darstellen aber erfordert die Kenntnis des Faktischen.

Es gehört zum Vermächtnis der bildungstheoretischen Grundlagen der DDR, daß sich Bildungskonzepte nicht aus sich selbst heraus zu begründen vermögen. Man bildet Menschen nicht, um sie zu bilden. Sondern man verfolgt ein Ziel; Gerhard Neuner hat das DDR-Bildungsziel hier umrissen, ich kann mich darauf beziehen. Auf die durchaus diskutable Frage, ob man nicht doch die Bildung zum Selbstzweck erklären sollte, um auf diese Weise

das Bildungssystem von der Gefahrenzone ideologisch-politischer Zugriffe fernhalten zu können, will ich hier nicht eingehen, jedoch anmerken, daß ich zumindest ein Gegenargument gegen diese These nicht zu entkräften vermag. Es besteht darin, daß Bildung auch dann, wenn sie konzeptionell von einem konkreten sozialen Lebensrahmen abgetrennt wird, aus der stets durchschlagenden Einheit von Arbeit, Bildung und sozialem Umfeld nicht entfliehen kann. Schule findet sechs Stunden wochentags statt; die übrige Zeit ist konfrontiert mit den Bildungsanforderungen, die der junge Mensch durch die Praxis der überwältigenden medialen Einflüsse erfährt. Daß sich die moderne Welt auf dem Wege zum Informationskapitalismus befindet (nicht aber die von den herrschenden Sozialphilosophen so gut wie abgekoppelte dritte, vierte und fünfte Welt), erfährt der Schulgänger nicht durch Definitionen und in der Regel auch nicht durch den immer noch „fern vom Netz“ betriebenen Unterricht, sondern durch erkundendes Spielen. Und er erfährt dabei, daß diese informationelle Welt durch einen kapitalen Doppelsinn geprägt ist. Sie ermöglicht einmal in faszinierender Weise das, was man in der Sozialphilosophie als Selbstverwirklichung bezeichnet, ist Tätigkeits- und Wirkungsfeld mit hohem kreativem Anteil. Zum anderen aber gewährt sie Einblicke in die Funktionsprinzipien der sozialen und ökonomischen Lebenswelt. Selbstredend erfährt der Internet-Surfer nichts über das Wesen des Informationskapitalismus – aber er steht spielend mittendrin in den funktionalen Mechanismen dieser Welt, kommt einigen ihrer Erfolgsgeheimnisse auf die Spur, verspürt den Drang zur funktionalen Identifikation mit diesem System, das ihm als herausragender Teil des Gesellschaftsganzen erscheint. Man könnte diesen Gedankengang noch vielfältig ausbauen, was hier natürlich unterbleiben muß – aber eine wichtige bildungskonzeptionelle Frage drängt sich aus diesen Darlegungen heraus geradezu zwingend auf: Was tragen wir, als Mitträger eines weltumspannenden Bildungsanspruchs in der DDR, zur Abschätzung und zugleich bildungstheoretischen Gewichtung der Bildungswelten bei, die der heranwachsenden Generation heute vorgelegt sind? Oder reflektieren wir nur das Gewesene mit eher verstörtem Blick auf das Bevorstehende, das eh aus allen traditionellen Geleisen ausgebrochen, also bildungsphilosophisch mit den alten Kategorien nicht mehr zu fassen ist? Ich gestehe, daß das für mich einer Kapitulation gleichkäme! Denn gleichbedeutend mit dieser Frage ist eine andere – nämlich die nach dem Umgang mit dem Vermächtnis des

gesellschaftstheoretischen Marxismus! Taugen die Begriffe Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse noch, um mit ihnen der neuen gesellschaftlichen Erscheinungswelt gerecht zu werden? Oder müssen wir uns aus dem Begriffsgemisch, das uns Schumpeter, Keynes, Fukuyama und andere anbieten, das unserer Meinung nach Tragfähige herausuchen, um damit diese neue Welt beschreibend zu erfassen? Wenn ich als Wissenschaftstheoretiker nicht wüßte, daß in der Wissenschaft nichts schwieriger und seltener ist als Theoriesynthesen, würde ich ja für eine selektierende Behandlung dieser Theorieangebote plädieren; also Marx bis in die zwanziger Jahre, dann Keynes bis zur Weltwirtschaftskrise, danach Schumpeter, für die Gegenwart Fukuyama, da seiner Meinung nach alles Kommende sowie so Gegenwart bleibt, sei doch die Geschichte an ihrem Ende angelangt. Aber das kann es wohl nicht sein. Was jedoch möglich ist, das ist das Betrachten der Gesellschaftsgeschichte mit Marx'schem Blick, geschärft durch die klugen Gedanken und Beobachtungen, die andere beigetragen haben. In einem Thesenpapier hat unlängst Rainer Land die Kondratieff'sche Zyklentheorie zur Beschreibung der aktuellen gesellschaftlichen Situation herangezogen, wonach die depressive Phase des derzeitigen 4. Kondratieff durch das Herausselektieren eines neuen Regulationsregimes überwunden werden könne, womit der 5. Kondratieff einzuläuten wäre. Die Orientierung auf ein neues Regulationsregime ziele dabei auf den ökologischen Umbau als Ausweg aus der derzeitigen Depression und damit aus dem letzten langwelligen Zyklus. In einer solchen Sicht ist ökologischer Umbau tatsächlich weitaus mehr als das gehorsame Befolgen eines neuen gesetzlichen Restriktionsrahmens für den Umgang mit Ressourcen und Abfällen! Sondern der ökologische Umbau avanciert hier zu dem entscheidenden neuen Entwicklungspfad! Das bedeutet, daß er nicht länger lediglich als die bessere Verpackung für im Grunde die gleichen umweltfressenden Technologien betrachtet werden kann, als Inbegriff eines sorgsamsten Umgangs mit der Natur außerhalb der eigentlichen Produktionsabläufe, sondern als eine das ökonomische, kulturelle und geistige Leben durchdringende und erneuernde Arbeits- und Lebenspraxis! Wer sich die sozial- und ökonomiepolitische wie bildungstheoretische Tragweite eines solchen neukonzipierten Ansatzes eines tatsächlich in der Wertsphäre der Gesellschaft integrierten ökologischen Umbaus vor Augen halten will, der lese nicht nur die zugleich weisheitsvollen wie zynischen Reportagen von Bahro und Beck, sondern der

vertiefe sich auch in den Gedankenentwurf von Klaus Michael Meyer-Abich. Bleibt der ökologische Umbau nämlich lediglich eine schöne Lösung für den nachsorglichen Umgang mit den Abfällen der aktuellen Industrie- und Lebenskultur, wird er immer nur das zweite Wort im Notvokabular der Umgestaltung von Gesellschaft bleiben. Saubere Parkanlagen, geschützte Naturzonen, gut entsorgte Problembereiche des pulsierenden Verkehrslebens unserer Tage – all das ist hochwichtig und sowieso noch längst nicht realisiert, stößt jedoch nicht zur entscheidenden Frage vor, die da lautet, wie die auf Massenkonsum und Massenabfall, auf Vergeudung und auf Sichtputz angelegte moderne Produktionsform wirklich strukturell verändert werden kann! Das aber ist – und darin besteht die große bildungsphilosophische Herausforderung solcher Schriften wie eben der von Meyer-Abich – ein das ganze Selbstverständnis einer Gesellschaft von grundauf erfassender Sachverhalt. Andernfalls bleibt ökologischer Umbau überall dort äußerlich und gegebenenfalls auch bloßes Gesetzespapier, wo er allein mit dem Argument der bedrohten Zukunft der Menschheit argumentiert und dieses nicht zu verbinden vermag mit bildungstheoretischen Konsequenzen und ökologisch-ökonomischen Innovationen. Sinnpotential kann niemals Ökonomiepotential ersetzen! Wer aber verkörpert dieses Regulationsregime? Ist es der Kloepfersche Ökostaat? Sind es die Zillesenschen aufgeklärten Staatsbeamten im Verein mit dem engagierten Bürger und dem transdisziplinären Wissenschaftler? Sind es die Insassen der Brüsseler Polithäuser der EU, also die rund 18.000 Überstaats-Beamten, deren bloßer Unterhalt den Haushalt so manchen Entwicklungslandes übersteigt? Oder alle zusammen, also das, was man früher den Überbau genannt hat? Das Vertrauen auf die problemlösende Kraft der staatsleitenden Organe dürfte zu den größten Illusionen diverser öko-ökonomischer Konzepte zur Neugestaltung von Gesellschaft gehören! Doch ist es wirklich nur eine Illusion? Ich glaube schon, daß sich ein gedankliches Durchspielen eines solchen Ansatzes durchaus lohnen würde. Man müßte dann allerdings von ganz realen Voraussetzungen ausgehen, denn ein vom Überbau angeleitetes dirigistisches Umsteuern in einem Lande hat nur dann eine Möglichkeit, zu einem Kristallisationspunkt für die übrige industrielle Welt zu werden, wenn es eindeutige und sofort sichtbare krisenauflösende Effekte zeitigen würde. Würde das ein langfristig zu terminierendes (anders geht das mit ökologischen Maßnahmen nicht) Umstiegsprogramm leisten? Ein ange-

strebt ökologischer Umbau müßte, damit er eine solche systemevolutive Rolle auch spielen kann, den Systemkern bestimmen, also angeben, in welchem Großwirtschaftsgebiet schnell sichtbare ökonomische Erfolge wachsen, die, konzentrischen Kreisen vergleichbar, weitere geographische Wirtschaftsräume in ihren Regelungsbereich einbeziehen. Selbstredend – wenn überhaupt – wäre nur ein überbauleiteter Dirigismus zu solchen für große Teile der Volkswirtschaft schmerzhaften, aber für künftiges Gestalten wichtigen Schritten in der Lage; denn, basiert das ganze Vorhaben auf Appellen nach einsichtsvollem Verzicht, nach Bedürfniskorrekturen, nach Abbau ganzer Systeme, diese Bedürfnisse in kapitalträchtige Bahnen zu lenken, droht die Isolation dieses neuen sozialökonomischen Weges gegenüber der Weltwirtschaft. Die Losung vom ökologischen Umbau gerät – in einem solchen systemischen Zusammenhang betrachtet – dann zu einer Flucht aus einem als unrettbar betrachteten System in ein vages anderes, dessen Komponenten man nicht einmal kennt. Das ist für meine Begriffe der schwierigste Einwand, mit dem die These von der Rettung der Gesellschaft durch ökologischen Umbau konfrontiert ist. Doch wo gibt es handgreifliche Alternativen? Hier erwächst marxistischer ökonomischer und Sozialtheorie ein wichtiges Aufgabengebiet – und man muß hinzufügen, keinesfalls ein solches, welches dem Kapitalismus Rettungswege weist, sondern ein solches, das für das Fortbestehen der Menschheitskultur relevante Wege diskutiert. Wer hat marxistischerseits denn schon einmal versucht, die Parameter eines solchen Umbaus auf diejenigen gesellschaftlichen Verhältnisse umzukopieren, die im Begriff der Produktionsverhältnisse zusammengefaßt sind? Wie gestalten sich die Distributions-, Austausch- und Konsumtionsverhältnisse, denen die sozialpolitischen Ansatzpunkte Arbeit, Bildung und Sozialpolitik zuzuordnen sind, auf dem Wege eines ökologischen Umbaus? Diese Frage ist doch wohl überhaupt nur dann zu beantworten, wenn man den ökologischen Umbau nicht auf überbauleitete gesetzgeberische Regularien zurückführt, sondern auf Tendenzen in der Entwicklung der Produktivkräfte. Denn allein diese stehen über dem volutaristischen Gepränge eines (zudem niemals von Gruppeninteressen freien) staatlichen Verwaltungsapparates.

Natürlich richtet sich eine solche Argumentation nicht gegen die Idee einer ökologischen Reformstrategie, wenn sich diese als Begleitschutz zur Entwicklung der Produktivkräfte versteht. Der Schuß geht jedoch nach hin-

ten los, wenn der ökologische Umbau als Feigenblatt für neue Reformversprechen und steuerpolitische Verteilungsversuche erhalten muß, wenn es ihm an einer eigenen inneren Entwicklungslogik gebricht. Den ökologischen Umbau an der Steuerpolitik aufzuhängen bedeutet, wie ein Schlachtermeister zu agieren, der uns einreden will, durch veränderte Fleischpreise für das Wohlergehen der Schlachtschweine zu sorgen. In Wirklichkeit will er nur die Pfründe neu organisieren.

Ich plädiere dafür, daß wir uns die Trends der modernen Entwicklung der Produktivkräfte genauer ansehen und darauf die Handlungsschwerpunkte einer gesellschaftstheoretischen Begleitargumentation zur aktuellen Bildungs- und Sozialpolitik stützen. Also, entwicklungstheoretisch betrachtet, was wäre denn eine Alternative zum ökologischen Umbau, die das Ökoprinzip jedoch gleichfalls als tragende Säule einer jeden künftigen Produktionsweise betrachtet? Das könnte alternativ ja nur dann bestimmt werden, wenn in den Trends der Produktivkraftentwicklung ein ökologischer Kern sichtbar werden würde, den es durch kluge Politik herauszuschälen und zum bestimmenden zu machen gelte! Ökologische Politik müßte sich dann nicht als fürsorgliche Zutat zu den ökovergessenen Antriebskräften der Produktivkräfte verstehen, sondern als Mentor der ökologischen Produktivkräfte. Damit würde konzeptionell die fatale Gegenüberstellung ein Ende haben, wonach hie die umweltzerstörenden Produktivkräfte und da die endlich auf Umweltvorsorge einzustellenden Produktionsverhältnisse die Szenerie beherrschen – was aber ganz dem neuesten Selbstverständnis der linken und grünen Alternativdenker zu entsprechen scheint. Auf die nun zwischen allen Zeilen lauende Frage, worin denn dieser innere ökologische Gehalt der neuen Produktivkräfte besteht, gibt es seit längerem mehrere Antworten. Sie alle münden in die Überzeugung ein, daß die informationelle Grundstruktur der neuen Qualität der Produktivkräfte diese ökologische Entlastungsperspektive trägt! Und damit avanciert zur entscheidenden Frage diejenige nach den notwendigen politischen Schritten, um diese Perspektive auch freizusetzen. Da jedoch eine solche Freisetzung zugleich mit einer allmählichen Veränderung der konsumtiven und kulturellen Gewohnheiten der Massengesellschaft verbunden ist, enthält die Forderung nach der Freisetzung der ökologischen Potentiale in den Produktivkräften zugleich die Möglichkeit des Zugangs aller zu den kulturellen Verheißungen dieser Produktivkräfte. Ökologie und Emanzipation



erhalten plötzlich ein verwandtes Aussehen! Für die politische Demokratie stellt sich damit die Frage, wie diese neuen Chancen für ein emanzipatives und menschenwürdiges Leben für alle, für den Abbau sozialer Ungerechtigkeit und Ungleichheit unter den neuen Bedingungen der Informationsgesellschaft zur sozialen Wirkung zu bringen sind! Das ökologische Handlungsprinzip ist ersichtlich darin enthalten, aber nicht als alleiniger Ansatzpunkt, sondern als ein Hauptpunkt neben drei anderen, gleichrangigen: Arbeit, Bildung, soziale Lebensverhältnisse! Da es sich hier nicht um die Teilnahme an einem Regulationsregime handelt, sondern um die Teilhabe am politischen Leben, also nicht die Staatsbürokratie, sondern eine politisch artikulierte Interessendurchsetzung zur Debatte steht, haben wir hier ein Feld der Politik- und Sozialgestaltung vor uns, das traditionell auf das hinausläuft, was früher der Kampf um die Arbeiterinteressen hieß. Daß in der Geschichte dieses Kampfes große Erfolge zu bilanzieren waren, muß ich hier nicht länger ausführen. Aber diese Ebene der politischen Arbeit steht eben auf gänzlich anderem Grunde als der Blick auf die Einflußnahme auf ein neues Regulationsregime.

Ich wäre nun in der Pflicht, die ökologischen, bildungstheoretischen und sozialen Aspekte der auf die Informationsgesellschaft zusteuernden Produktivkraftentwicklung in allen wichtigen Punkten aufzulisten. Doch andere haben das längst getan; ich kann mich überdies auf die Ergebnisse der IMD-Konferenz (Information-Medien-Demokratie), die im Juni 1998 in Frankfurt am Main stattgefunden hat, berufen und will nur stichpunktartig das für unsere heutige Thematik Relevante zusammenfassen.

Die zentrale Idee, die dort im Mittelpunkt nahezu aller Beiträge gestanden hat und der ich mich voll anschließe, lautet, daß wir trotz aller neuer informationsgetragener Erscheinungswelten uns nach wie vor in der kapitalistischen Eigentumsgesellschaft befinden. *Aber die neuen Signa des Informationskapitalismus können die Prägemarken des Fordismus (periodische Überproduktion, Massenkonsum) durch neue Formen der Distributionen und Austausche überwinden, womit auch die Art und Weise der Erwerbsarbeit objektiv neu gestaltet werden kann und allein schon durch die weniger umweltintensive Produktionskultur einschließlich der Ökopotentiale der Produktivkräfte selbst bessere Chancen zur Beseitigung der ökologischen Gebrechen gegeben sind.* Und diese neue Erscheinungswelt nötigt zum Überdenken der Wege, um die sozialen Ziele der Linken auch

weiterhin umzusetzen, denn sie bringt (wie im Grunde jede Etappe in der Entwicklung der Produktivkräfte) neue Chancen und Entfaltungsmöglichkeiten für den einzelnen (Bildung, Selbstbestimmung, Demokratie, Kultur) mit sich wie ein ganzes Bündel neuer Gefahren. Sinnenfälliger Ausdruck dieser neuen Polarität ist die vom Neoliberalismus hochgeschätzte Individualität und Freizügigkeit in allen Arbeits- und Lebensbereichen einerseits, die von den Linken beklagte durchgreifende Entsolidarisierung andererseits. Gerade letzteres setzt zugleich die soziale Wahrnehmungsschwelle für Armut, Ausgegrenztsein, Verlust der Lebensqualität etc. stark herab. Zu der negativen Ökobilanz der fordistischen Phase gesellt sich nun – im Übergang zum informalisierten Kapitalismus – der Verlust der durch den Sozialstaat bislang in Grenzen gehaltenen sozialen Sicherung, verstärkt durch den Ausschluß einer eminent großen Zahl von Menschen aus den neuen Tätigkeitsbereichen der Informationsgesellschaft, was mit der Herausbildung eines neuen Proletariats gleichgestellt wird. Die Gefahr besteht also – auf einen Nenner gebracht – darin, daß die Informationsgesellschaft der Solidargemeinschaft den Todesstoß versetzt! Und, damit verbunden, daß die ökologische Sanierung mit einem Rückgang der sozialstaatlichen Sicherung erkaufte werden wird. *Der auf der Herausformung der ökologischen Potentiale der neuen Produktivkräfte beruhende ökologische Umbau muß also mit der Bewahrung sozialer Grundsicherungen verbunden werden, die den Gefahren des Neoliberalismus als Weg und Deutung der neuen Verhältnisse ganz gezielt entgegensteuert.* Eine erstrangige soziale Grundsicherung besteht dabei in der Erhaltung der Arbeitswelt. Obwohl über das Ende der Arbeit und Arbeitswelt viel zu lesen ist auch aus sozialistischer Feder, sollten wir hellhörig werden angesichts mancherorts zu vernehmender Zeichen, wonach von einem Ende der industriellen Gesellschaft keine Rede sein könne, sondern verstärkte Internationalisierung der Arbeitsteilung, Flexibilität der Produktion, weitgehende organisatorische Veränderungen, netzförmige strategische Allianzen, ein wiederauflebendes Nebeneinander von Groß- und Kleinunternehmen etc. die Arbeitsplatzfrage als nur sekundäres und zudem sehr kostenrelevantes Strukturmerkmal erscheinen lassen, was jedoch nicht zu Lasten der neuen produktionsbestimmenden Informationstechnologien gehen würde. Also – die Stimmen mehren sich, daß es eben keine strukturelle Verbindung von Arbeit und Informationsgesellschaft gibt bzw. geben wird, mit anderen Worten, daß der Infor-

mationskapitalismus nicht die Ursache für zunehmende Arbeitslosigkeit bildet. Aber durch die Zunahme high-tech-produktionsbezogener Dienste und informationsnaher Berufsgruppen und die Aufwertung der Berufs- und Qualifikationsstruktur einerseits, durch die Anwendung sozial-anthropologischer Kriterien des Ausscheidens aus dem Berufsleben andererseits (in den USA stehen die über 50 Jährigen mit den vergleichbar höchsten Gehältern auf den Entlassungslisten obenan) sind nur einige der neuen Entwicklungen, die zu einer Polarisierung zwischen einer informationsbasierten Elite und einer disponiblen Arbeitsbevölkerung führen werden, genannt. Auch der gelegentlich registrierte Trend, daß das Arbeitspersonal beliebig auswechselbar wird, ist zunehmend konfrontiert durch die Beobachtung, daß sogenannte Kernbelegschaften für die meisten Industriezweige profilbestimmend bleiben. Daß das zu Desintegrationen führt, zu Entsolidarisierungen, Entkollektivierungen etc., ist schon längst in der sozialistischen Literatur beschrieben (vgl. Bischoff/Detje). Daß sich neue Distributions- und Austauschbeziehungen auf die Struktur der Arbeitswelt auswirken, ist für die marxistische Gesellschaftstheorie ebensowenig neu wie die Einsicht, daß dieser Trend neuer sozialpolitischer Absicherungen bedarf. All das wäre abzuwägen in Überlegungen zu einem Sozialumbau aus marxistischer gesellschaftstheoretischer, also linker Sicht. Man sollte also die These vom Ende der Arbeitsgesellschaft nicht unterstützen, wenngleich damit die Schaffung von Arbeitsplätzen keineswegs einfacher wird.

Damit komme ich abschließend noch einmal auf die sozialtheoretische Grundlegung moderner Bildungspolitik zurück. Der Bildungsbereich ist nach einhelliger Auffassung der Fachwelt als der Dreh- und Angelpunkt der sozialen Organisation der Informationsgesellschaft zu betrachten. Insofern sind alle Überlegungen, die heutzutage den Bildungsbereich „an sich“ analysieren und damit aus den sozialökonomischen Rahmenbedingungen der kapitalisierten Informationsgesellschaft herauszulösen trachten, bei aller Anerkennung eines relativen und oben bereits kurz vermerkten zeitlosen Inhaltsfeldes von Bildung mit Vorsicht zu betrachten. Bildungspolitik heute ist Einstellen auf die Arbeitskultur von morgen! Dabei muß sich der Blick auf die sozialökonomischen Mechanismen richten, die in viel stärkerem Maße als bisher den Bildungsbereich direkt tangieren. Damit stellt sich die Frage, ob gewisse beobachtbare Tendenzen in bildungsrelevanten Bereichen wesentlicher oder nur vorübergehender Natur sind. In jüngster Zeit tre-

ten Erscheinungen in den Vordergrund, die als „Bewirtschaftung von Wissen als Eigentum“ gekennzeichnet werden, als Momente des kreditgetriebenen Bewirtschaftens von Eigentum, das zugleich auf die Vereinzelnung der Verantwortung und der Risikoaufnahme hinausläuft. Große Unternehmen finanzieren Lehrgänge, als deren Ergebnis der bislang Angestellte nun als freier Unternehmer dieselben Tätigkeiten für das Unternehmen leistet. Der wissensverfügende Arbeitnehmer bewirtschaftet sich selbst als Person. Es ist dann eine naheliegende Forderung, daß diese der neuen Struktur der Produktivkräfte angemessene Chance zur Bewirtschaftung von Bildung auch eine Veränderung der Art und Weise der schulischen Bildung erzwingen würde. Damit verbunden sind Forderungen nach der Entkopplung von Bildung und Staat. Der Staat müsse sich aus der Schule zurückziehen, damit diese vermarktungsfrei wird. Das Werbeverbot ist an den Berliner Schulen ja bereits beseitigt - womit sich der Berliner Schulsenat mit zweifelhaftem Vorgänger-Ruhm bedeckt. Der Lehrer wird zum Angestellten, was ihm die diese Perspektive eröffnet, auch für 620-Mark Jobs arbeiten zu dürfen. Nach entsprechenden Prognosen würde das schon in 20 Jahren für die Mehrheit der Lehrer zutreffen. Freie Mitarbeiter an die Schulen heißt die Losung, und die Biedenkopfsche Bürgergesellschaft, die sich an die Arbeitsgesellschaft anschließen würde, steht ganz auf dieser Linie. Daß Biedenkopf auch ein Bildungssystem für geringfügig Beschäftigte vorgeschlagen hat - die berühmte Sachsifizierung der Bildungspolitik - sei am Rande vermerkt. Aber auch von der Hamburgifizierung ist die Rede - von der Übergabe der Bildungseinrichtungen an das Handelskapital. Uns reichen in Deutschland, so hört man aus jenen Ecken, 5 Universitäten und 50 Gymnasien. Also - wenn generell von der Informationsgesellschaft als Bildungsgesellschaft gesprochen wird, in unser aller Gedächtnis aber noch die Perspektive eingegraben sein sollte, wonach ein immer größerer Prozentsatz der nachwachsenden Bevölkerung universitär gebildet sein müsse, so ist das der Stand von gestern. Neoliberale Wortführer der Bildungspolitik halten sich in dieser Frage zumindest bedeckt; der schrankenlose Bildungsoptimismus früherer Jahre ist längst dahin. Nun muß man fragen, inwieweit solche Prognosen mit dem Blick auf die künftige Struktur der Arbeitswelt übereinstimmen, auf die ich bereits kurz eingegangen bin. Der Zusammenhang ist deutlich. Der Besitz von Bildung und die personalisierte Vermarktung von Wissen läßt den Kampf um das Recht auf Bildung und

Information in neuer Gestalt aufleben. Dabei müssen sich die linken politischen Kräfte hierzulande darüber klarwerden, daß die bloße Ablehnung all dieser Tendenzen im Grunde nicht viel an Ehre und Zulauf bringt. Es liegt natürlich nahe, die Erhaltung der traditionellen Bildungsangebote und Strukturen festzuschreiben – in welchem Umfang man die Kommerzialisierung und Privatisierung von Wissen und Bildung damit auffangen kann, steht allerdings dahin. Die neoliberalen Tendenzen – man muß das gelegentlich betonen – sind nicht nur Wunschbilder, sondern ganz reale Gefahren. Es kann gerade so laufen, wie es Biedenkopf sich vorstellt. Doch wo liegen die Alternativen? Anders gefragt – entspricht das neoliberale Bildungsbild von morgen unausweichlichen Tendenzen der (objektiven) Entwicklung der neuen Produktionsprofile, der distributiven Tendenzen wie einem völlig neuen Drang zur Konsumtion von Information? Wenn es Tendenzen der beschriebenen Art gibt, besagt das allerdings noch nichts über die möglichen Antworten der Bildungsgesellschaft. Alternativloses Befolgen des Ausverkaufs von Bildung im buchstäblichen Sinne kann nicht das letzte Wort sein. Aber nicht nach einem Königsweg ist zu suchen, sondern wachen Auges haben die demokratischen Kräfte das Gefüge der Bildungsrealität Punkt für Punkt zu prüfen. Bildungspolitik muß angesichts solcher Bedrohungen mehr und mehr Züge sozialpolitischer Art annehmen. Angesichts der vielen Veränderungen in Arbeit und Bildungswesen liegt es dabei auf der Hand, den Kampf um Grundsicherungen in den Vordergrund zu stellen. Alles andere ist eine Sache der Analyse und der Zurkenntnisnahme der sozialwissenschaftlichen Forschungen zu diesen Themen. Dabei muß man ins Auge fassen, daß die Losung vom Umbau nicht den Sozialumbau ausblenden darf, der auf den Feldern Arbeit, Bildung und Sozialpolitik durch die neuen Entwicklungen der von Wissenschaft und Technik geprägten informationellen Produktionskultur erforderlich ist, um diese Welt menschenwürdiger zu gestalten, als sie uns heute erscheint.

### Literatur:

- Bahro, R.: Notstandsregierung oder Rettungsregierung in der Krise der weißen Zivilisation.  
In: N. Bobbio (Hg.): Die Zukunft der Demokratie. Rotbuch Verlag, Berlin 1988
- Beck, U., Die Erfindung des Politischen. Zu einer Theorie reflexiver Modernisierung. Suhrkamp, Frankfurt am Main 1993

- Bischoff, J., und R. Detje: Massengesellschaft und Individualität. Krise des „Fordismus“ und die Strategie der Linken. VSA-Verlag, Hamburg 1989
- Fukuyama, F.: Konfuzius und Marktwirtschaft. Der Konflikt der Kulturen. Kindler, München 1995
- Kloepfer, M. (Hg.): Umweltstaat. Ladenburger Diskurs, herausgegeben von J. Mittelstraß. Springer, Berlin etc. 1989
- Kondratieff, N.: Strittige Fragen der Weltwirtschaft und der Krise. In: U. Hedtke: Stalin oder Kondratieff. Endspiel oder Innovation? Dietz, Berlin 1990, S. 135–196
- Kongreß Machtfragen der Informationsgesellschaft: Ökonomie, Demokratie, soziale Gerechtigkeit. 12.–13. Juni 1998, Frankfurt am Main. Initiative Informationsgesellschaft-Medien-Demokratie (IMD) und FB Erziehungswissenschaft der Universität Frankfurt am Main (Materialien der Konferenz)
- Land, R.: Ökologischer Umbau als Potential wirtschaftlicher Entwicklungen in Berlin. Ziele und Strategien zum Einstieg in einen neuen Entwicklungspfad (Manuskript 1998)
- Luhmann, N.: Soziale Systeme. Suhrkamp, Frankfurt am Main 1984
- Meyer-Abich, K. M.: Praktische Naturphilosophie. Erinnerungen an einen vergessenen Traum. C.H. Beck, München 1997
- Offe, C., and U.K. Preuss: Democratic Institutions and Moral Resources. ZeS-Arbeitspapier. Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen. Bremen 1990
- Schlußbericht der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit. Deutscher Bundestag, Drucksache 13/11000, 10.6.1998. Das Zitat findet sich auf S. 307
- Schumpeter, J.A.: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Francke, München 1974
- Zilllessen, H., Dienel, P.C., und W. Strubelt: Die Modernisierung der Demokratie. Internationale Ansätze. Westdeutscher Verlag, Opladen 1993